

# Zeitkonten sichern Arbeitsplätze

## 1. Beschäftigungssicherung 2002

Die Metall- und Elektro-Industrie hat 2002 in großem Umfang Arbeitsplätze gesichert. Dies geschah auf vielfältige Weise. Den Zeitkonten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

- **Erstens** haben die Unternehmen Arbeitsvolumen weiter beschäftigt, obwohl keine Produktion hierfür vorhanden war. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass die Zahl der Arbeitsstunden nicht stärker reduziert wurde als die Produktion. Für beide wird es 2002 ein Minus von rund 4 Prozent geben. Ökonomisch gesehen ist dies der Verzicht auf die personalwirtschaftliche Umsetzung der Produktivitätsverbesserungen, die durch den laufenden technischen und organisatorischen Fortschritt möglich gewesen wären. In begrenztem Umfang ist so etwas am Anfang eines Abschwungs normal, weil Kündigungsfristen eingehalten werden müssen und/oder Aufgaben nicht teilbar sind. Die Unternehmen tun dies aber auch, um wichtige Mitarbeiter nicht zu verlieren.
- **Zweitens** erfolgte die Verringerung des Arbeitsvolumens nur zur Hälfte durch Personalabbau, wobei dies überwiegend durch die Reduzierung von Leiharbeit und das Nichtersetzen von natürlichen Abgängen erreicht wurde.

Ein weiter gehender Personalabbau (rund 2 Prozent) konnte durch den Einsatz verschiedener Arbeitszeit reduzierender Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung verhindert werden.

- **Drittens** hat der Abbau von Zeitguthaben den größten Anteil an der Reduzierung der Arbeitszeit. In welchem Umfang lässt sich allerdings nur indirekt (als Restgröße und mit Hilfe von Schätzungen) ermitteln. Offizielle Statistiken über die Verbreitung von Zeitkonten und die Veränderung von Zeitguthaben gibt es nicht.

*Es gibt 2002 in der Metall- und Elektro-Industrie rund 45.000 Kurzarbeiter mehr als 2001. Daraus resultiert ein Volumeneffekt von ca. - 0,4 Prozent. Weitere - 0,4 Prozent kommen durch den Abbau von Überstunden zu stande. Auch der Tarifvertrag Beschäftigungssicherung dürfte in geringem Umfang (geschätzt - 0,2 %) zur Reduzierung des Arbeitsvolumens beigetragen haben, während ein Trend zu mehr Teilzeitarbeit in der M+E-Industrie kaum vorhanden ist. Daraus folgt im Umkehrschluss:*

**Durch den Abbau von Zeitguthaben konnte in der M+E-Industrie 2002 das Arbeitsvolumen um rund 1 Prozent verkürzt werden.**

Aus dieser Analyse ergibt sich für 2002 folgende Beschäftigungssicherungs-Bilanz:

- **Anzahl / Anteil gesicherter Arbeitsplätze (circa) durch.....**

- Weiterbeschäftigung von nicht benötigtem Arbeitsvolumen (Verzicht auf Produktivität)	100.000	60 %
- Kurzarbeit	15.000	7,5%
- Überstundenabbau	15.000	7,5%
- TV Besch/Abbau Zeitguthaben	40.000	25 %
<b>Summe:</b>	<b>170.000</b>	<b>100 %</b>

## 2. Beschäftigungssicherung in früheren Abschwüngen/Rezessionen

Die personalwirtschaftliche Anpassung an die geringere Produktion verlief 2002 in der M+E-Industrie grundlegend anders als in den Abschwüngen 1992/93 und 1981/82.

- Im **Abschwung 1992/93** hat auch Beschäftigungssicherung statt gefunden, so weit dies mit den damals zur Verfügung stehenden Instrumenten möglich war. Am Anfang überwog der Verzicht auf mögliche Produktivität. Später kamen auch die traditionellen Arbeitszeit reduzierenden Maßnahmen (*Überstundenabbau, Kurzarbeit*) verstärkt zum Einsatz. Zeitkonten gab es damals ebenso wenig wie den TV Besch.
- **1992** hatte der Verzicht auf Produktivität einen Anteil von 85 Prozent. Alle Arbeitszeit reduzierende Maßnahmen zusammen brachten nur einen Volumeneffekt von etwas mehr als – 1/2 Prozent. Die wöchentliche Mehrarbeit blieb nahezu konstant. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg um 90.000.
- **1993** erst fiel die M+E-Industrie richtig tief in die Rezession. Damit wurden massive Personalreduzierungen unausweichlich. Dennoch hat sie auch in dieser Situation in erheblichem Umfang Beschäftigte durch gehalten. Die Beschäftigungssicherung erfolgte je zur Hälfte durch Produktivitätsverzicht und Arbeitszeitreduzierung. Die wöchentliche Mehrarbeit sank von 1,4 auf 1,1 Stunden, die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich um 370.000.

### Beschäftigungsentwicklung in der M+E-Industrie in Abschwüngen

Rückgänge gegenüber Vorjahr in Prozent

Jahr	Produktion	Arbeitsvolumen	Beschäftigte	Arbeitszeit je Beschäftigten
2002	- 4	- 4	- 2	- 2
1992	- 3	- 3	- 2 1/2	- 1/2
1993	- 12	- 11 1/2	- 8	- 3 1/2
1981	- 1 1/4	- 3	- 1 3/4	- 1 1/4
1982	- 1 1/2	- 3	- 2 3/4	- 1/4

**Erläuterung:** 1) In dem Umfang, in dem der Rückgang des Arbeitsvolumens um weniger als 3 Prozent-Punkte (normaler Produktivitätsfortschritt) größer ist als der Rückgang der Produktion, wird Beschäftigung durch Verzicht auf Produktivität gesichert. 2) In dem Umfang, in dem die Zahl der Beschäftigten weniger zurück geht als das Arbeitsvolumen, wird Beschäftigung durch Arbeitszeit reduzierende Maßnahmen gesichert. 3) Beides ergibt den Gesamtumfang an Beschäftigungssicherung.

- Im **Abschwung 1981/82** hat es dagegen nur etwas Beschäftigungssicherung durch Überstundenabbau und Kurzarbeit gegeben. Anders als in späteren Abschwüngen/Rezessionen wurden die Produktivitätsmöglichkeiten damals weitgehend realisiert.

### 3. Bewertung des Instrumentariums zur Beschäftigungssicherung

- **Verzicht auf Produktivität** hat 2002 den größten Anteil an der Beschäftigungssicherung (60 Prozent). Dieses Instrument birgt hohe Risiken. Es ist äußerst kostspielig (*rund 3 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme*), geht entsprechend zu Lasten der Erträge und ist deshalb für gewinnschwache Unternehmen überhaupt keine Lösung und für gewinnstarke auch nur begrenzt durchhaltbar. In der Regel folgt dieser Art von Durchhaltepolitik, wenn sich die damit verbundenen Erwartungen nicht zeitnah erfüllen, ein um so stärkerer Personalabbau. Dieser Reaktionsprozeß ist bereits in vollem Gange. Im Juli/August war die Produktivitätsrate mit +2,7 Prozent schon fast wieder auf Normalniveau, während das Minus bei den Beschäftigten 2½ Prozent erreichte.

**Es wäre daher sinnvoll, Beschäftigungssicherung zukünftig in stärkerem Umfang mit Kosten günstigeren und flexibleren Instrumenten zu betreiben.**

- **Kurzarbeit** ist eine bessere, aber keine optimale Alternative. Sie verteuert ebenfalls die Lohnstückkosten, da der Personalaufwand nicht in gleichem Maße wie die Arbeitszeit zurück gefahren werden kann. Es müssen nicht nur der Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen in Vollzeithöhe weiter bezahlt werden, sondern darüber hinaus auch der Arbeitnehmeranteil für das ausgefallene Entgelt. Es laufen auch die übrigen gesetzlichen und tariflichen Personalzusatzkosten (z.B. *Urlaub, Feiertage, Sonderzahlungen, Vermögenswirksame Leistungen*) ungeteilt weiter. In einigen Tarifgebieten sind tarifliche Zuschläge zum Kurzarbeitergeld vereinbart. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 30 Stunden durch Kurzarbeit erhöht die Lohnkosten je Stunde um rund 10 Prozent. Das sind fast zwei Drittel dessen, was eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich kosten würde.

Hinzu kommen der administrative Aufwand und die Regulierung durch Gesetz/Verordnungen. So wird Kurzarbeitergeld grundsätzlich nur gewährt, wenn der Arbeitsausfall unvermeidbar ist, d.h. wenn im Betrieb alle zumutbaren Vorkehrungen getroffen wurden, den Eintritt des Arbeitsausfalls zu verhindern. Dabei müssen unter dem Vorbehalt der wirtschaftlichen Zumutbarkeit auch im Betrieb mögliche Arbeitszeitschwankungen genutzt werden (§170 Abs.4 SGB III). Es müssen zumindest dann, wenn in einer Betriebsvereinbarung als Zweck einer Flexibilisierungsregelung u.a. auch der Ausgleich von konjunkturell bedingten Arbeitszeitschwankungen genannt ist, alle diesbezüglichen Flexi-Möglichkeiten ausgeschöpft sein, bevor Kurzarbeit genehmigt werden kann.

- **Überstunden** (bezahlte) sind als Instrument der Arbeitszeitflexibilisierung nur begrenzt tauglich. *Erstens* sind Überstunden ebenfalls teuer (*Zuschläge bis zu 50%*), *zweitens* werden Überstunden heute auch in guten Konjunkturzeiten kaum noch aus konjunkturellen Gründen gefahren. Dementsprechend gering ist das Potenzial, das im Abschwung abgebaut werden kann (*s.o.*), *drittens* gibt es keinen weiteren Flexibilisierungsspielraum nach unten, wenn die konjunkturelle

Mehrarbeit bei null angekommen ist und last but not least sind Überstunden politisch belastet.

Die meisten Überstunden, die es in der M+E-Industrie noch gibt, haben strukturelle Ursachen. Insoweit sind sie für viele Kleinbetriebe und einige Branchen (z.B. Schiffbau, Montagebereiche) jedoch nach wie vor von existentieller Wichtigkeit.

- Der **TV Besch** wurde nicht zuletzt wegen der hohen Kosten der Kurzarbeit geschaffen. Er ist wesentlich kostengünstiger, aus Sicht der Unternehmen aber mit der dazu gehörenden Beschäftigungsgarantie belastet. Trotzdem gibt es zu diesem Tarifvertrag eine hohe Zustimmung. Drei Viertel der M+E-Unternehmen sehen darin eine sinnvolle Regelung. 20 Prozent haben davon schon einmal Gebrauch gemacht. Die anderen überwiegend deswegen nicht, weil es für sie hierzu noch keine Notwendigkeit gab. Nachteil aus Arbeitnehmersicht sind die zeitproportionalen Lohneinbußen. Widerstände von Belegschaft und/oder Betriebsrat gegen die Nutzung des TV Besch gab es bisher jedoch nur in Einzelfällen.

**Es besteht also offensichtlich Potenzial für eine breitere Nutzung dieses Instrumentes, wenn erforderlich.**

- **Zeitkonten** sind schon in der heutigen Form das effizienteste Instrument zur Beschäftigungssicherung. Sie sind so kostengünstig wie der TV Besch, aber weniger Problem beladen (*keine Arbeitsplatzgarantie, keine Lohneinbußen*). Die heutigen Regelungen reichen aber nicht aus, um auch bei extremeren Konjunkturausschlägen Wirkung zu entfalten. Dies zeigt die aktuelle Situation. Die Zeitguthaben sind weitgehend aufgebraucht. Ein weiterer Beschäftigtenabbau ließe sich deshalb mit diesem Instrument nicht mehr verhindern, es sei denn durch Zeitschulden.

**Notwendig sind längere Ausgleichszeiträume und unbürokratische Handlungsspielräume für die Betriebe. Je länger und je mehr Zeitguthaben in guten Zeiten aufgebaut werden, um so größer ist ihre Arbeitsplatz sichernde Wirkung in schlechten Zeiten. Je mehr man für angesammelte Zeitguthaben andere Verwendungen (z.B. Sabbaticals, vorzeitiger Ruhestand) zulässt, um so mehr entwertet man deren Wirksamkeit für die Beschäftigungssicherung.**